

Anlage 2

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Amtsperiode 2014 – 2020

Fazit der Vertreter und Vertreterinnen der Behindertenorganisationen und Selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für die Zeit 09/2017 – 05/2018

Die stimmberechtigten Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und Selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik möchten den vorgelegten Arbeitsbericht der Verwaltung zur Arbeit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für den Zeitraum 09/2017 bis 05/2018 gerne mit einer eigenen Bewertung und als Fazit ergänzen.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik konnte ihre Bedeutung und Einbindung festigen. Sie konnte darüber hinaus initiieren, dass eine Arbeitsgruppe gebildet wurde, die Eckpunkte für ein Konzept zum „disability mainstreaming“ erarbeitet. „disability mainstreaming“ bedeutet, dass die Interessen und Belange der Menschen mit Behinderung automatisch und nachhaltig in allen Entscheidungsprozessen der Verwaltung berücksichtigt werden. Hier stehen wir sicherlich erst am Anfang eines langen und schwierigen Entwicklungswegs. Wir verbinden mit der Entwicklung und Umsetzung dieses Konzeptes die Ziele:

- automatische und nachhaltige Berücksichtigung der Interessen der Menschen mit Behinderung in allen Entscheidungsprozessen,
- besseres Verständnis aller Akteure in Verwaltung und Politik für die Notwendigkeit und Vorteile einer konsequenten Umsetzung.

Die Anzahl der in den Sitzungen behandelten Themen zeigt, wie das Interesse der Stadtgesellschaft, der Verwaltung und der Politik an inklusiven Lösungen wächst. Wir nehmen wahr, dass sich Haltung, Offenheit und Bewusstsein in der Stadt Köln weiter verbessern.

Exemplarisch seien hier das Gestaltungshandbuch Innenstadt, der Aufbau von Personal in der Schwerbehindertenstelle und die zukünftig mögliche finanzielle Unterstützung von Menschen mit Lernschwierigkeiten und Orientierungsschwierigkeiten in puncto Mobilität genannt.

Wie wichtig die dauerhafte Auseinandersetzung rund um das Thema Inklusion und deren Umsetzung in der Praxis ist, zeigt das Beispiel des Veranstaltungskatalogs der Volkshochschule Köln. Lernangebote für Menschen mit Behinderung sind derzeit nicht mehr in einer eignen Rubrik zu finden. Es wird versucht, die Angebote grundsätzlich allen Interessierten - also auch gegenüber Menschen mit Behinderung- zu öffnen, was in diesem speziellen Fall allerdings dazu führt, dass es insgesamt kein spezifisches Angebot für Menschen mit Behinderung mehr gibt, welches sich in Konzeption, Gestaltung und Durchführung speziell an diese Gruppe richtet bzw. die besonderen Bedürfnisse berücksichtigt. Aus der Sicht der Behindertenorganisationen und Selbsthilfegruppen wird in dieser Form die

Fortsetzung der Erfolge eines Angebots in der Erwachsenenbildung mit Offerten für alle Bedürfnisse wie in der Vergangenheit gefährdet. Es wurden Gespräche aufgenommen, in denen sich unterschiedliche Einschätzungen zur Umsetzung und Gewährleistung von inklusiven Bildungsangeboten zeigten.

Ein großes und existenziell wichtiges Thema dieser Stadt, der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, hat für behinderte Menschen, die barrierefreie und insbesondere rollstuhlgerechte Wohnungen benötigen, eine noch größere Schärfe. Dieses Thema spielte auch in diesem Berichtszeitraum eine große Rolle, ebenso wie die Probleme der Nutzerinnen und Nutzer von E-Scootern, die vom Mitnahmeverbot in der KVB betroffen sind, auch wenn hier Verbesserungen verhandelt werden konnten.

Neben den Vor- und Nachbereitungen der in den vier Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik behandelten Tagesordnungspunkte gab es eine Vielzahl begleitender Gespräche mit Mitgliedern der Verwaltung, auch im Zusammenwirken mit dem AK Barrierefreies Köln. Dazu gehört die Mitwirkung einiger Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik im AK, gleiches gilt für die Teilnahme an den quartalsweise stattfindenden Anhörungen nach BGG, die federführend vom Amt für Brücken- und Stadtbahnbau durchgeführt werden.

Intensive Beteiligung erfolgte auch bei Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit eines zentralen Kölner Bau- und Kulturprojektes, der MiQua und der Ermöglichung der Zugänglichkeit des städtebaulichen Großprojektes der „Neuen Mitte“. Es konnte erwirkt werden, dass ein öffentlicher, zeitlich unbeschränkt zugänglicher Aufzug in die Planungen einbezogen wird. Des Weiteren gab es Gespräche mit der KVB zur barrierefreien Gestaltung einer neuen Generation von Niederflurfahrzeugen und weiterer Spezialthemen.

Über alle Themen hinweg wurde und wird die Arbeit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik begleitet von einer Verwaltungs- und Haushaltspolitik, die von Geldmangel und Ressourcenknappheit gekennzeichnet ist. Unter solchen Rahmenbedingungen bleibt die Arbeit im Ehrenamt als Vertreter*in für die Menschen mit Behinderung sehr schwierig. Die Auswirkungen der eigenen Behinderung, die wachsende Zahl an Themen und die geringe Anzahl der ehrenamtlich Tätigen bleiben weiter belastende Faktoren.

Die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und Selbsthilfegruppen mussten sich selbst schmerzliche Beschränkungen bei der Wahrnehmung der Interessenvertretung auferlegen. Sie müssen hinnehmen, dass die Geschäftsführung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, bzw. die zuständige Dienststelle keine zusätzlichen Aufgaben mehr für die ehrenamtlich Tätigen übernehmen können. Das begrenzt die erforderliche Unterstützung der Ehrenamtler*innen trotz höchstem Einsatz in der Dienststelle.

Diese „Selbstbeschneidung“ und Begrenzung der Handlungsmöglichkeiten als Auswirkung fehlender Mittel sind schwer zu ertragen. Angesichts zahlreicher

unbearbeiteter Themen bei stetig wachsendem erfolgreichen Einfluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und einem positiven Trend zur Entwicklung einer inklusiven Stadtgesellschaft in Köln bedauern wir das sehr.

Aktuell stellt sich für uns die Frage nach der Fortsetzung einer erfolgreichen Arbeit, der Bedeutung, Wahrnehmbarkeit und zukünftigen Stellung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik. Die bisherige ablehnende Haltung der Verwaltung zum Antrag auf finanzielle Gleichstellung des Gremiums mit vergleichbaren anderen Gremien und die noch nicht absehbaren Wirkungen der geplanten Dezernatsumbildung, die wahrscheinlich zu einer Überführung des Bereichs Behindertenpolitik in das Dezernat der Oberbürgermeisterin führen wird, lassen uns mit Hoffnungen und Befürchtungen in die Zukunft sehen.

Nach unserer Überzeugung können Wirkung, Wahrnehmung und Strahlkraft dieses Gremiums nur gesichert werden, wenn auch zukünftig der Vorsitz in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in Händen der Dezernatsleitung bleibt und eine Verankerung mindestens auf bisherigem Niveau in der Verwaltungsstruktur gegeben ist. Neben einer unveränderten Verankerung in der Hauptsatzung der Stadt Köln muss das Gremium auch zukünftig wie in bisheriger Form Beschlussempfehlungen in zuständige Ausschüsse einbringen dürfen und Bestandteil der einzuhaltenden Beratungsfolge für Themen sein, die die Interessen der Menschen mit Behinderung berühren.

Unsere Einschätzungen, Sorgen, Bedenken und Ziele haben wir in Gesprächen mit der Verwaltung klar formuliert. Ergebnisse aus diesen Gesprächen sind uns bisher nicht bekannt. Eine weitere Anhörung wurde zugesichert.

Eine Berücksichtigung dieser Punkte bei der Ausgestaltung der Dezernatsumbildung, die zukünftige finanzielle Gleichbehandlung der Mitglieder des Gremiums bzw. der von ihm entsandten sachkundigen Einwohner*innen und die Bereitstellung verbesserter Ressourcen in der Verwaltung würden hier ein klares Zeichen setzen.

Damit könnte die Stadt Köln ihrem eigenen Anspruch bei der Entwicklung einer inklusiven Stadtgesellschaft gerecht werden und gleichzeitig eine nachhaltig wirkende richtungsweisende Botschaft als Vorbild über die Grenzen der Stadt hinaus senden.

Ein „Weiter so wie bisher“ würde der Verantwortung, die sich aus der Anerkennung der UN-Behindertenrechtskonvention und den festgeschriebenen Zielen der Kölner Politik ergibt, nicht gerecht.

i.V. Paul Intveen und Horst Ladenberger

für die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und Selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik